

Europa Bei den Brexit-Verhandlungen drängt Boris Johnson überraschend auf ein Abkommen mit der EU. Gelingt ein Deal in letzter Minute?

Alternative Arrangements

Wenn Michel Barnier, der Brexit-Unterhändler der Europäischen Union, in diesen Tagen öffentlich auftritt, legt er häufig seine Stirn in Falten. »Wir sind offen für die Ideen und Vorschläge des Vereinigten Königreichs«, sagte der Franzose etwa beim Treffen deutscher Zeitungsverleger am Dienstag in Berlin. Von einem Durchbruch allerdings könne keine Rede sein. »Ich sehe keinen besonderen Grund für Optimismus.«

Im kleinen Kreis allerdings hört sich der Brexit-Diplomat etwas anders an. Bis zum Ende des Parteitags der britischen Tories Anfang Oktober werde sich bei den Verhandlungen wenig tun, sagte Barnier im Gespräch mit Parlamentariern unlängst in Straßburg. »Aber danach öffnet sich ein kurzes Fenster der Gelegenheit.«

Die Brexit-Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU mögen festgefahren sein. Dennoch verdichten sich die Hinweise, dass es beide Seiten vor dem EU-Gipfel Mitte Oktober noch einmal mit einer Einigung versuchen wollen. Die Zeit drängt, denn nach heutigem Stand treten die Briten am 31. Oktober aus der EU aus.

In den vergangenen Tagen schickten die Briten mehrfach Papiere mit der Überschrift »Property of Her Majesty's

Government« nach Brüssel. Darin enthalten sind Ideen, wie eine harte Grenze in Nordirland vermieden werden kann, auch wenn die dafür bereits vereinbarte Notfallregel (»Backstop«) wegfallen würde. Premier Boris Johnson lehnt den Backstop kategorisch ab, es ist der Kern des Konflikts bei den Verhandlungen.

Noch zeigen sich die EU-Beamten unbeeindruckt. »Die Vorschläge sind nicht geeignet, den Backstop zu ersetzen«, heißt es. Doch das könnte sich ändern. Der Grund: Wie Barnier streben drei weitere entscheidende Akteure im Brexit-Drama ein Abkommen an – wenngleich aus unterschiedlichen Gründen.

Johnson will die nächsten Unterhauswahlen gewinnen, die vermutlich nach dem Brexit-Datum stattfinden. Um die Brexit-Partei in Schach zu halten und seine Tory-Anhänger zu begeistern, muss er sein großes Versprechen halten und Großbritannien pünktlich aus der EU führen, allerdings ohne das Chaos, das mit einem Ausstieg ohne Abkommen folgen würde.

Angela Merkel drängt ebenfalls auf einen Deal. Die Bundeskanzlerin fürchtet, dass die wirtschaftliche Flaute in Deutschland schnell in eine ausgewachsene Rezession münden könnte, wenn es nach

einem Austritt der Briten ohne Vertrag zu wirtschaftlichen Einbrüchen käme.

Auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron will möglichst ein Abkommen. Er beobachtet mit Sorge, wie der Brexit-Virus die EU zu schwächen droht, ausgerechnet in Zeiten, in denen die Union vor großen Problemen steht: mauleres Wirtschaftswachstum, grassierender Populismus, ungelöste Migrationsfragen. Macron will das Brexit-Thema vom Tisch haben.

Als Einfallstor für ihr Werben haben die Briten Berlin ausgemacht. »Die deutsche Regierung ist pragmatischer, was einen Kompromiss angeht«, sagt der Tory-Abgeordnete Greg Hands. Der ehemalige britische Handelsminister hat zusammen mit einer Kommission ein Papier zu den »alternativen Arrangements« erarbeitet, die den Backstop ersetzen sollen. Derzeit tingelt er damit durch die Hauptstädte der EU.

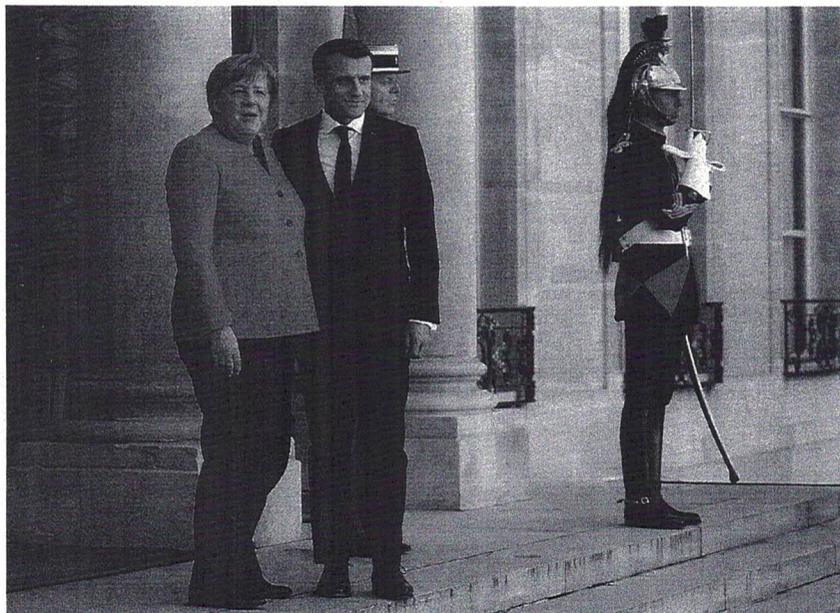
Die bisherige Linie der EU, das Austrittsabkommen auf keinen Fall mehr zu verändern, könnte bröckeln – wenn die Briten endlich rechtlich verbindliche Vorschläge vorlegten. Präzise Eingriffe in das sogenannte Protokoll zu Irland, das den Backstop enthält, gelten in Brüssel als machbar. Sogar Irlands Premier Leo Varadkar scheint offen dafür. Denkbar ist zum Beispiel, nicht ganz Großbritannien in einer Zollunion mit der EU zu belassen, sondern den Backstop auf seinen eigentlichen Anwendungsfall Nordirland zu reduzieren. Der Rest Großbritanniens könnte dann eigene Handelsabkommen abschließen, ein sehnlicher Wunsch der Brexiteers.

Johnson seinerseits hat bereits zu erkennen gegeben, dass Vieh und Lebensmittel in Nordirland künftig weiterhin nach EU-Regeln behandelt werden könnten. Das wäre ein wichtiger Schritt, denn Agrarprodukte machen etwa ein Drittel des inneririschen Handels aus. Die EU drängt nun auf eine Lösung für alle Waren. Sie will verhindern, dass Produkte, die nicht den EU-Standards entsprechen, nach dem Brexit über den Schleichweg einer irischen EU-Außengrenze ohne Kontrollen in den Binnenmarkt gelangen.

Die »alternativen Arrangements«, mit denen London das Problem lösen will, überzeugen die EU-Beamten bislang nicht, etwa der Vorschlag, ein Verzeichnis vertrauenswürdiger Spediteure aufzubauen, die beim Grenzübergang nicht mehr kontrolliert werden müssten.

In Brüssel wächst die Sorge, dass die Zeit für eine Einigung knapp wird und Johnson am Ende ohnehin die Mehrheit fehlt. Am liebsten sähe man es daher, wenn die Briten für den Notfall schon mal den offiziellen Brief vorbereiten würden, mit dem sie um eine Verlängerung der Brexit-Frist bitten.

Markus Becker, Peter Müller, Christoph Schult



Politiker Merkel, Macron: Unterschiedliche Interessen, gleiches Ziel